

Hintergrundinformation Pakistan

Mit einer Fläche von 796.095 Quadratkilometern ist der an den Iran, Afghanistan, China und Indien grenzende, in vier Provinzen gegliederte Staat Pakistan knapp doppelt so groß wie Deutschland und Österreich zusammen. Die d

rei höchsten Gebirgszüge der Erde, Hindukusch, Karakorum und Himalaya, schirmen das Land von Zentralasien ab. Hin zum Arabischen Meer und südlich der Gebirgsmassen ist die Ebene des Indus gelegen, die ein Drittel der Landesfläche einnimmt. Gerade hier schwanken die Mitteltemperaturen im Januar, dem kältesten Monat des Jahres, zwischen 12 und 17 Grad Celsius. In den Sommermonaten aber wird es im ganzen Land für die dort lebenden Menschen unerträglich heiß. Hinzu kommt eine ungleichmäßige Verteilung der Niederschlagsmengen. In den letzten Jahren kam es immer wieder zu verheerenden Naturkatastrophen, die vielen Menschen das Leben kosteten und zigtausende ohne Hab und Gut zurückließen.

Über die Anzahl der Bevölkerung liegen nur grobe Schätzungen vor. Zwar wurden bei der letzten Volkszählung im Jahr 1998 123 Millionen Einwohner notiert, jedoch kann aufgrund des jährlichen Bevölkerungswachstums von circa zwei Prozent inzwischen von 165 bis 185 Millionen ausgegangen werden. Obwohl in Pakistan mehr als 50 verschiedene Sprachen gesprochen werden, ist Urdu die verfassungsmäßig festgesetzte Nationalsprache. Daneben ist Englisch die offizielle Amtssprache.

Das Land hatte in den vergangenen zehn Jahren einen kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufschwung zu verzeichnen, der jedoch durch die weitverbreitete Korruption, die in weiten Teilen des Landes unzureichende Infrastruktur sowie die instabile politische Lage in manchen Gegenden Pakistans gehemmt wurde. Das Bruttoinlandsprodukt Pakistans ist mit 210,5 Milliarden Dollar (Stand: 2011) recht hoch¹, doch das Pro-Kopf-Einkommen (1.201\$, Stand: 2011) weiterhin sehr gering. Der mit Abstand wichtigste Zweig der relativ breit gefächerten Industrie ist traditionell die Textil- und im Besonderen die Baumwollindustrie. Viele der in Deutschland angebotenen Kleidungsstücke werden dort hergestellt. Den Löwenanteil am Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet der Dienstleistungssektor (53,8 Prozent, Stand: 2008/09), davon Groß- und Einzelhandel (17,5 Prozent), Verkehrs-, Transport-, Kommunikations- und Lagerwesen (10,3 Prozent), Finanz- und Versicherungswesen (6,2 Prozent), öffentlicher Dienst und Militär (6,1 Prozent) sowie die Wohnimmobilienbranche (2,7 Prozent). Der Rest (11,1 Prozent) entfällt auf sonstige Dienstleistungen. Die höchsten Zuwachsraten werden im Telekommunikations-, Finanz- und IT-Bereich verzeichnet.). Doch gerade die Bedeutung des Schmuggels mit Drogen, Waffen und Unterhaltungselektronik ist nicht zu unterschätzen. Da das Einkommen der Eltern nicht ausreicht, müssen Kinder oftmals als billige und fügsame Arbeitskräfte schwere körperliche Arbeit in der Industrie, im Handwerk oder auch in der Landwirtschaft verrichten. Zudem besteht keine allgemeine Schulpflicht, was zu einer Anal-

¹ Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt beträgt in Deutschland 3.387,4 Milliarden US-Dollar (Indien: 1.676 Milliarden US-Dollar, Bangladesch 113 Milliarden US-Dollar).

phabeten-Rate von circa 50 Prozent führt. Insbesondere Mädchen und Frauen sind davon bis heute betroffen. Gegenwärtig können 41 Prozent aller in Pakistan lebenden Mädchen nicht einmal einen Grundschulabschluss erwerben. Eine wichtige Rolle im Bereich der Bildung nehmen neben den staatlichen Schulen die Tausenden von Madaris oder Koranschulen ein, die landesweit verteilt sind und so zur wichtigen Stütze des Bildungswesens werden. Problematisch ist hierbei jedoch, dass einige radikalisiert sind und einen kämpferischen Islam lehren.

Zwar gab es nach der Staatsgründung im Jahr 1947, die mit der Trennung von Indien einherging, zunächst ein Ost- und ein Westpakistan, doch nach Ausschreitungen und einem Unabhängigkeitskrieg kam es im Dezember 1971 zur Abspaltung Ostpakistans, das fortan Bangladesch heißt. In diesem jahrzehntelangen Prozess der Unabhängigkeitsbewegungen kann die Verankerung des Islams in der Verfassung von 1956, die Pakistan zur ersten islamischen Republik der Welt machte, als ein Versuch zur Identitätsstiftung der Bevölkerung verstanden werden.

Das Ringen um den neu gegründeten Staat war von sich abwechselnden Regierungen demokratisch legitimierter Parteien und von Militärdiktaturen geprägt. In den Jahrhunderten zuvor beherrschten verschiedene Dynastien das Gebiet des heutigen Pakistans, bis 1843 schließlich die Britische Ostindien-Kompanie damit begann, das Land und den ganzen indischen Subkontinent unter seine Herrschaft zu bringen. Als es dann am 14. August 1947 zur Unabhängigkeit kam und aus dem überwiegend muslimisch geprägten Teil Britisch-Indiens Pakistan entstand, verließen über vier Millionen Muslime das heutige Indien in Richtung Pakistan, während in die andere Richtung etwa sieben Millionen Hindus und Sikhs nach Indien gingen. Millionen verlieren bei dieser blutigen Teilung und dem darauf einsetzenden Massenexodus ihr Leben. Bis heute sind die politischen Verhältnisse zwischen den beiden Atommächten Indien und Pakistan sehr angespannt und fragil.

Religionen in Pakistan

Durch die mit der Staatsgründung einsetzende Völkerwanderung verschob sich auch die religiöse Gewichtung in der Region. Heute ist mit 96 Prozent die deutliche Mehrheit der Bevölkerung muslimisch. Die Sunniten sind in der Mehrheit und praktizieren in Pakistan vor allem in den Gebieten mit pachtunischer Mehrheit eine orthodoxe Form des Islam. Zwischen 15 und 20 Prozent der Muslime sind Schiiten. Der Islam ist Staatsreligion, wobei jedoch in Pakistan so viele verschiedene Strömungen des Islams existieren, dass deren jeweilige Stärke kaum gefasst werden kann. Gerade der sunnitische Islam spaltet sich in Pakistan in verschiedene Denkschulen auf. Der Barelwis ist die Richtung mit den meisten Anhängern, die Deobandis berufen sich wie die Barelwis auf die hanafitische Rechtsschule, lehnen aber eine Gräber- und Heiligenverehrung ab und fordern eine strenge Auslegung des Islams. Als kleinste der drei Denkschulen gilt die puritanische, an Saudi-Arabien angelehnte Ahl-i Hadith, die die vier sunnitischen Rechtsschulen sowie den Sufismus ablehnt. Sie arbeiten mit den Wahhâbiten zusammen und flohen 1947 nach Pakistan, wo sie Faisalabad und Gujranwala sowie die Region Baltistan als neue Hochburgen etablierten. Wie sehr sich selbst die verschiedenen islamischen Gruppierungen in dem Land bekämpfen, haben die vergangenen Jahre gezeigt. Immer wieder kam es zu Auseinandersetzungen zwischen militanten Sunniten

und Schiiten. Einige Islamistengruppen haben inzwischen eine Eigendynamik entwickelt, die sich jeder Kontrolle entzieht und von den afghanischen Taliban unterstützt wird.

Im religiösen Gefüge Pakistans sind die Ahmadis nicht zu vergessen. Sie stellen eine vom offiziellen Islam ausgegrenzte muslimische Religionsgemeinschaft mit etwa einer Million Mitgliedern dar. Dies entspricht nur einem verschwindend geringen Prozentteil an der Gesamtbevölkerung. Seit ihrer offiziellen Aberkennung als Muslime im Jahr 1974 sind sie zunehmender Verfolgung ausgesetzt.

Situation der Christen in Pakistan

Das Schicksal einer Minderheit teilen sich die Ahmadis mit den drei Millionen Hindus, die vor allem von der schwierigen politischen Lage zwischen Indien und Pakistan betroffen sind², und mit den 2,8 Millionen Christen in Pakistan. Mit einem Bevölkerungsanteil mit jeweils circa 1,6 Prozent stellen diese die größten nicht-muslimischen Minderheitengruppen. Christen leben vor allem in der Region um Lahore, in Islamabad sowie in Karatschi. Viele der Christen sind entweder Nachfahren der Goaner, die während der Kolonialzeit als Bedienstete der Kolonialherren tätig waren, oder sie stammen von sogenannten Unberührbaren ab, die während der britischen Kolonialzeit zum Christentum konvertierten.

Religionsfreiheit als Herausforderung

In Artikel 1 der Verfassung Pakistans vom 14. August 1973 ist verankert, dass der Staat Pakistan ein islamischer Staat ist. Artikel 2 schreibt fest, dass der Islam die Staatsreligion des Landes ist. Doch zugleich gibt die Verfassung Pakistans den Bürgern Garantien und Zusagen hinsichtlich der Religionsfreiheit. Damit kann jeder in der Islamischen Republik Pakistan im Rahmen einer islamischen Ordnung seine Religion bekennen, praktizieren und propagieren. Außerdem hat jede Konfession das Recht, religiöse Einrichtungen zu errichten, zu unterhalten und zu verwalten. Obwohl dieses Gesetz bereits seit der Verfassungsänderung im Jahr 1973 in Kraft ist, wurden die katholischen Schulen des Landes unter Zia ul Haq verstaatlicht und erst in den neunziger Jahren an die Kirche zurückgegeben.

Neben der Möglichkeit des Angebots von Religionsunterricht in eigenfinanzierten Bildungseinrichtungen darf niemand zur Teilnahme am Religionsunterricht oder jedweder anderen religiösen Zeremonie bzw. Gottesdienst einer anderen Religionsgemeinschaft oder Konfession gezwungen werden. Auch der Zugang zum öffentlichen Dienst oder an öffentliche Orte darf niemandem aufgrund seiner Religionszugehörigkeit in Pakistan verwehrt werden.

Doch diesem Ideal stehen Gesetze und Praktiken entgegen, die den Islam und Bürger muslimischen Glaubens bevorzugen. So bekommen jene, die den Koran auswendig gelernt haben, für die Zulassung zu staatlichen Ausbildungseinrichtungen oder auch zu staatlichen

² 2014 finden in Indien Wahlen statt. Dabei tritt für die hindufundamentalistischen Strömungen nahe-stehende BJP Narendra Modi, der Staatschef von Gujarat, als Kandidat für den Premierministerposten an. Den nordwestlichen Bundesstaat hat er wirtschaftlich gut aufgestellt. Allerdings klebt Blut an seinen Händen, weil er bei den blutigen hindu-muslim riots in Gujarat nicht eingriff und sich gegen die Muslime positionierte. Sollte Modi die Wahl in Indien gewinnen und Präsident werden, könnten sich die Beziehungen zum muslimischen Nachbarn Pakistan erheblich verschlechtern.

Regierungsjobs zusätzliche 20 Bewertungspunkte im Procedere der Zulassung. Wie theoretisch die freie Wahl des Religionsunterrichts ist, widerlegt die Praxis. Denn die Christen sind zwar nicht zur Teilnahme am muslimischen Religionsunterricht gezwungen, sondern können den Ethikunterricht wählen. Doch ist dieser meist islamisch geprägt, so dass sie letztlich doch an einer Art islamischem Religionsunterricht teilnehmen. Bei Verweigerung der Teilnahme am ‚freiwilligen‘ Religionsunterricht müssen Repressionen befürchtet werden. Damit können Christen zwar theoretisch ihren Glauben leben, was aber faktisch nicht oder nur unter der Inkaufnahme von Repressalien umsetzbar ist. Damit kann nicht von einer freien Religionsausübung gesprochen werden. Christlicher Religionsunterricht gehört zur Seltenheit, die Bevorzugung von Muslimen bei der Berufswahl heißt umgekehrt die Benachteiligung aller Menschen anderer Religionszugehörigkeit.

Auch international hat sich Pakistan zur Religionsfreiheit bekannt. Zwar trat die Islamische Republik Pakistan dem *Fakultativprotokoll über die Individualbeschwerde* vom 16. Dezember 1966, das auch Einzelpersonen eine Beschwerde vor dem Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen ermöglicht, bisher nicht bei, doch unterzeichnete sie am 17. April 2008 den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* (IPbPR) und ratifizierte diesen zwei Jahre später, am 23. Juni 2010. In Artikel 18 dieses Paktes findet sich die für Pakistan völkerrechtlich verbindliche Definition von Religionsfreiheit.

Blasphemiegesetzgebung

Mit der Machtübernahme von General Zia ul Haq im Jahr 1977 wurden jene Normen im pakistanischen Gesetz verschärft, die als Blasphemiegesetz bekannt sind. Dabei handelt es sich um Artikel 15 (Straftaten in Bezug auf Religion) des Pakistanischen Gesetzbuches in Zusammenspiel mit den Artikeln 295 bis 298. Entscheidend sind die Artikel 295-B (Schädigung des Heiligen Koran) und 295-C (Verwendung von abfälligen Anmerkungen in Bezug auf den Heiligen Propheten). Beide Normen setzen eine konkrete Handlung voraus. In zahlreichen Fällen, in denen die Normen angewendet wurden, lagen überhaupt keine entsprechenden konkreten Handlungen vor. Damit werden die Gesetze zur Einschränkung der Religionsfreiheit missbraucht. Folge einer Verurteilung wegen „Schändung des Korans“ kann die lebenslange Haft sein, bei „Verwendung von abfälligen Anmerkungen in Bezug auf den Heiligen Propheten“ ist lebenslange Haft, eine Geldstrafe oder gar die Todesstrafe möglich.

Ob Anklage erhoben wird, ist willkürlich. Da das Gesetz leicht zu missbrauchen ist, wird es oftmals zu einem Mittel, um persönliche Rache zu üben oder ‚offene Rechnungen‘ zu begleichen. Abhängig vom allgemeinen Klima im Land verändert sich auch die Häufigkeit der Anwendung des Blasphemiegesetzes. Gerade mit einem stärkeren Einfluss der islamischen Fundamentalisten in den vergangenen Jahren kam es zu einem dramatischen Anstieg der Gerichtsverhandlungen aufgrund des Blasphemieverdachts. In diesem Bereich ist die Anzahl der Verfahren, in denen Christen beschuldigt werden, in den vergangenen Jahren enorm gestiegen.

Apostasie

In dem von Pakistan ratifizierten Internationalen Pakt IPbPR sind in Artikel 18, Absatz 2 die freie Apostasie, also die Abwendung von einer Religion, wie auch die Konversion, d.h. der Übertritt zu einem anderen Bekenntnis, als Möglichkeit verankert. Diese zwei Wege zur

Wahrung der freien Religionsausübung gelten als wichtige Indikatoren der verwirklichten Religionsfreiheit in einem Staat. Doch trotz der offiziellen Ratifizierung kann sich praktisch in Pakistan kein Apostat bzw. Konvertit sicher sein, dass er nicht Opfer von Gewalt wird, sobald seine Tat in der Öffentlichkeit bekannt wird.

Hinzu kommt noch, dass neben den im IPbR festgeschriebenen Möglichkeiten des Religions- bzw. Konfessionswechsels auch Artikel 20a der pakistanischen Verfassung von 1973 jedem die Möglichkeit der Propagierung seiner Religion einräumt. Dies heißt, dass eine missionarische Tätigkeit theoretisch in Pakistan möglich ist. Da es aber innerhalb des islamischen Staates im Sinne des Islams nicht erlaubt ist, Muslime auf ihren Glauben anzusprechen, kann davon ausgegangen werden, dass Artikel 20a für Nicht-Muslime ungültig ist. Jeder Versuch der Evangelisierung eines Muslims kann als Herabwürdigung des Propheten und damit als Verstoß gegen das Blasphemiegesetz verstanden werden. So müssen nicht nur diejenigen, die missionieren, mit rechtlichen Konsequenzen rechnen, sondern auch jene, die vom Islam abfallen (Apostasie) und zum Christentum übertreten (Konversion). Für die Christen in Pakistan stellt dies eine besondere Herausforderung dar. Denn die Kirche kann dadurch in vielen Bereichen nicht öffentlich tätig sein. Die missionarische Dimension, die für die Kirche wesenhaft ist, muss unterdrückt oder unter dem Risiko der Verfolgung gelebt werden. Wer in Pakistan zum Christentum konvertiert, läuft Gefahr, selbst verfolgt zu werden.

Wie folgenreich, aber zugleich einseitig die Folgen einer Konversion sein können, offenbaren die Zwangskonversionen junger Mädchen, sowie die hohe Anzahl junger Frauen, die nicht-muslimischen Minderheiten angehören, aber von muslimischen Männern entführt, missbraucht und dann zum Übertritt zum Islam sowie zur Heirat des muslimischen Entführers gezwungen werden.³ Wegen der Gleichgültigkeit der Ordnungskräfte und der lokalen Gerichte bleibt dies eine der schmerzlichen Realitäten ungeachteter Religionsfreiheit und verletzter Menschenwürde.

Die römisch-katholische Kirche in Pakistan

Etwa die Hälfte der Christinnen und Christen bekennen sich zum katholischen Glauben. Der römisch-katholischen Kirche Pakistans gehören etwa eine Million Gläubige an, die sich überwiegend auf die Erzdiözesen Karatschi und Lahore sowie die Diözesen Faisalabad, Multan und Islamabad-Rawalpindi und das Apostolische Vikariat Quetta verteilen. Dabei gehört die Mehrheit der Christen in Pakistan den untersten sozialen Schichten der Gesellschaft an. Dementsprechend niedrig ist das Bildungsniveau. Oftmals sind sie Latrinereiniger, Tagelöhner in der Landwirtschaft, hörige Landarbeiter u.a.

Gesellschaftlich betätigt sich die katholische Kirche in Pakistan im Bereich der Bildung und im Gesundheits- sowie sozialen Sektor und wird deshalb als aktive Minderheit wahrgenommen. Als Glaubensgemeinschaft in einer Diasporasituation haben die Christen in den vergangenen vier Jahrzehnten verschiedene Wege gefunden, um den Glauben zu verbreiten und die Gesellschaft zu gestalten. So wurde Caritas Pakistan seit 1974 zu einem Zeichen der Hilfsbereitschaft und christlichen Liebe. Sie gibt Hoffnung in Situationen der Armut und

³ Es ist in vielen Regionen des Landes üblich, dass die Frau ihren Vergewaltiger heiratet, um durch die nachträgliche Heirat ihre Ehre wieder herzustellen.

wird im Katastrophenfall wie dem dramatischen Hochwasser im August 2010 tätig. Sie wendet sich mit ihrem Engagement aber auch gegen Diskriminierung, indem sie den interreligiösen Frieden fördern.

Neben der Linderung der Not setzt sich die katholische Kirche mit ihrer *National Commission for Justice and Peace* (NCJP) dafür ein, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Frieden im Land zu gestalten. Das 1985 von der pakistanischen Bischofskonferenz gegründete Büro unterstützt Projekte und wird damit zum Anwalt für die Umsetzung der Menschenrechte und der kirchlichen Soziallehre. Die Dringlichkeit wird deutlich, wenn man bedenkt, unter welchen Bedingungen die Menschen in Pakistan leben und arbeiten. Außerdem unterstützt die NCJP die politische und demokratische Bewusstseinsbildung. Mit den sieben regionalen Büros in Rawalpindi, Gujranwala, Faisalabad, Multan, Hyderabad, Karachi und Quetta sowie ihrem Nationalbüro in Lahore, das die Arbeit koordiniert, arbeiten über 500 Menschenrechtsaktivisten aus verschiedenen Religionen und Kulturen zusammen, um der Gesellschaft Pakistans ein menschenwürdiges Antlitz zu geben. 2001 wurde die *National Commission for Justice and Peace* sogar für ihre Arbeit von der *Tji-Hak-Soon (Tulip) Foundation of South Korea* ausgezeichnet.

Auf die starke Islamisierungswelle von Seiten des Staates in den achtziger Jahren antwortete die katholische Kirche mit verschiedenen Aktionen zur Verstärkung des Interreligiösen Dialogs. Ein entscheidender Schritt auf diesem Weg war die Gründung der *National Commission for Interreligious Dialogue & Ecumenism* (NCIDE) durch die pakistanische Bischofskonferenz im Jahr 1985. Von der Kommission werden Programme initiiert, die den Frieden zwischen Christen und Muslimen fördern sowie eine interreligiöse Gemeinschaft ohne die Benachteiligung der Minderheiten aufbauen sollen. Um dieses Ziel zu erreichen, bringt die Kommission Führer der Religionsgemeinschaften zu Diskussionen zusammen. Außerdem werden Veranstaltungen organisiert, die den gemeinsamen Interessen entsprechen. Herausragend ist sicher auch, dass die Vertreter der Religionen sich gegenseitig zu ihren jeweiligen Festen wie zum Ostern der Christen, dem muslimischen Opferfest Eid al-Adha oder dem Diwali der Hindus einladen. Dies soll das Wissen um den anderen Glauben und damit die gegenseitige Toleranz fördern.

Projekte fördern interreligiösen Dialog

Der gelungene Dialog zwischen den Religionen und das Engagement für Minderheiten, sei es religiös oder aber kulturell, stellt für die Christen des Landes daher die entscheidende Aufgabe dar. Deswegen unterstützt auch missio Projekte in diesem Bereich und wird seinen Einsatz für die Christen in Pakistan im Jahr 2014 weiter verstärken. Das internationale katholische Missionswerk stellt das Land in den Mittelpunkt der Kampagne zum Sonntag der Weltmission 2014.

Um den interreligiösen Dialog zu fördern, wurde 2010 das *Dominican Peace Center*, ein Ort der Begegnung für Menschen verschiedener Religionen, eröffnet. Bei der Segnung des Zentrums nannte der Präsident des *Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog*, Kardinal Jean-Louis Tauran, Toleranz, gegenseitigen Respekt und Zusammenarbeit als wichtigste Voraussetzungen für den Interreligiösen Dialog. Ein Raum der Begegnung und des Lernens ist die Bibliothek. Ihr Buchbestand wird derzeit erweitert und soll das Zentrum ergänzen, das

sich die Friedenserziehung zum Ziel gesetzt hat. Schon heute werden Seminare zum Thema Frieden, Gerechtigkeit und Religionsfreiheit angeboten. Außerdem werden verschiedene Zeitschriften, Broschüren und Bücher publiziert. Indem das *Dominican Peace Center* für alle offensteht, will es über Religionsgrenzen hinweg den Frieden der Gesellschaft fördern.

Bei den Naturkatastrophen der vergangenen Jahre leisteten die Kirchen effektive Soforthilfe. Auch ihre Bildungs- und Sozialarbeit und viele kirchliche Einrichtungen tragen maßgeblich zur Entwicklung des Landes bei. Seit 2006 hat die von der *National Commission for Justice and Peace* gegründete *Pakistan Catholic Women's Organization* ihre Arbeit aufgenommen und vertritt mutig die Rechte der christlichen Frauen, um ihnen im gesellschaftlichen Leben mehr Gehör zu verschaffen. Besonders Christin zu sein, ist in Pakistan eine zweifache Herausforderung, die der Unterstützung bedarf. Denn „die Stellung der Frau ist durch Diskriminierung, Gewalt und Missbrauch gefährdet. Frauen kämpfen um den Zugang zu Bildung und der Arbeitswelt“, fasst es Rosemary Noel, die nationale Koordinatorin der *Pakistan Catholic Women's Organization* (PCWO) zusammen. Die Organisation will mehr Selbstbewusstsein und Respekt vermitteln und bietet dezentral Seminare und Workshops an, damit Frauen ihre Fähigkeiten erkennen und einsetzen lernen. Sie organisiert Rechtshilfe für Frauen, die sich vor Gericht verantworten oder für ihre Rechte kämpfen müssen und tritt an die nationale und internationale Öffentlichkeit, um Frauen zu schützen und gegen Menschenrechtsverletzungen zu protestieren. Für das Mitarbeiterteam werden Fortbildungen angeboten. Neben den regionalen und lokalen Angeboten gibt es im nationalen Büro die Möglichkeit eines zweitägigen Workshops für Ehrenamtliche.

Mit der Auswahl des Schwerpunktlands Pakistan für den Weltmissionssonntag 2014 möchte missio das Ringen um die Religionsfreiheit in der islamischen Republik in den Mittelpunkt stellen und einerseits die deutsche Bevölkerung für die Situation aller religiösen Minderheiten in Pakistan sensibilisieren, andererseits den Verfolgten Pakistans in der deutschen Politik eine Stimme geben, um auf internationaler Ebene die Bestrebungen für ein friedliches und freies Miteinander der Religionen unterstützen. Ein wichtiger Beitrag dazu ist, dass die neu-gewählte Regierung den zuletzt zu beobachtenden leichten Wind eines demokratischen Aufbruchs unterstützt sowie den Bürgern des Landes die Menschenrechte gewährt und deren Umsetzung gewährleistet, damit eine Grundlage für den Dialog möglich wird.